

UNHCR: Zahl der Flüchtlinge weltweit stark gestiegen

Mehr als 43 Mio. Menschen sind laut dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) derzeit auf der Flucht. Dabei gibt es einen Trend zu längeren Aufenthalten im Exil. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge wird nach wie vor von Entwicklungsländern aufgenommen.

Im Rahmen des Berliner Symposiums für Flüchtlingschutz, das Mitte Juni stattfand, rief der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen António Guterres die Industriestaaten zu verstärkten Anstrengungen beim Flüchtlingsschutz auf. Dabei verwies er auf den zeitgleich erschienenen UNHCR-Jahresbericht 2009. Demzufolge stieg die Zahl der Flüchtlinge auf den höchsten Stand seit Mitte der 1990er Jahre und lag 2009 bei rund 43,3 Mio. Personen (2008: 34,4 Mio., +26 %).

15,2 Mio. sind Flüchtlinge im engeren Sinne, d. h. Personen, die Schutz außerhalb ihres Herkunftslandes suchen und unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen (vgl. MuB 5/01). Etwa zwei Drittel von ihnen stehen unter dem Mandat des UNHCR, ein weiteres Drittel unter dem Mandat des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA).

Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge sind angesichts der anhaltenden Konflikte wie auch im Vorjahr Afghanistan (2,9 Mio.) und der Irak (1,8 Mio.). Aber auch Somalia und die Demokratische Republik Kongo sind wichtige Herkunftsländer.

Zu den 15,2 Mio. Flüchtlingen im engeren Sinne kommen rund 983.000 Asylsuchende (2008: 827.000, +19%). Die Zahl der Binnenvertriebenen – also Personen,

die innerhalb ihres Herkunftslandes auf der Flucht sind – hat sich von rund 26 Mio. (2008) auf 27,1 Mio. (2009) leicht erhöht (vgl. MuB 6/09). Dieser Anstieg lässt sich auf die andauernden gewalttätigen Konflikte

in der Demokratischen Republik Kongo, Pakistan und Somalia zurückführen.

Kinder und Jugendliche sind laut UNHCR besonders von Flucht und Vertreibung betroffen. 2009 waren 41 % aller Flüchtlinge und Asylbewerber unter 18 Jahre alt (vgl. MuB 5/10).

Fluchtursachen: Guterres gab an, dass globale Trends wie Rohstoffmangel, Urbanisierung, Nahrungs- und Wasserknappheit bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum sowie der Klimawandel in zunehmendem Maße miteinander verwoben seien (vgl. MuB 1/09). Diese Probleme „verschärfen Konfliktsituationen und verbinden sich auf eine Weise, die Menschen zwingt, ihre angestammte Heimat zu verlassen“, sagte Guterres.

Aufnahmeländer: 80 % aller Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Im Fall der Binnenvertriebenen stellt der afrikanische Kontinent mit 40 % den größten Anteil. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen nehmen Länder wie Pakistan, Simbabwe und der Kongo besonders viele Flüchtlinge auf. Dies sei „ein gewaltiger Kraftakt für die betroffenen Länder“, sagte Guterres. Die Arbeit des UNHCR sowie anderer Hilfsorganisationen ist in einigen dieser Regionen zusätzlich eingeschränkt, da angesichts der andauernden Konflikte die Lieferung von Hilfsgütern an die notleidende Zivilbevölkerung zunehmend erschwert wird.

Rückkehrer: Die Zahl der freiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehrenden Personen ist 2009 weiter gesunken. Während im Durchschnitt der letzten zehn Jahre etwa 1 Mio. Flüchtlinge pro Jahr zurückkehrten, waren es 2009 nur rund 251.000 Personen (2008: 604.000). Dies entspricht dem tiefsten Stand seit 20 Jahren.

Angesichts der lang andauernden Konflikte in zahlreichen Weltregionen sieht das Flüchtlingshilfswerk eine Tendenz zu längeren Aufenthalten im Exil. „Ein Großteil der Flüchtlinge, rund 5,5 Mio., ist seit fünf oder mehr Jahren auf der Flucht. Ihre Zahl wird unvermeidlich steigen, da weniger Menschen nach Hause zurückkehren“, sagte Guterres in seiner Grundsatzrede.

Guterres kritisierte insbesondere in Europa die „Erosion des Asylraumes“. Aufgrund der starken Kontrollen an den europäischen Außengrenzen werde zunehmend Hilfsbedürftigen der Grenzübertritt verweigert. Der Aufbau eines harmonisierten und stabilen europäischen Asylsystems sei daher „die größte Herausforderung der kommenden zehn Jahre“, sagte der Flüchtlingshochkommissar.

An die Industriestaaten richtete der Hochkommissar den dringenden Appell, die Beteiligung an den Resettlement-Programmen (vgl. MuB 8/09) zu erhöhen, d. h. Programmen zur Neuansiedlung von Flüchtlingen in

Inhalt	
UNHCR: Zahl der Flüchtlinge weltweit stark gestiegen	1
Deutschland: Zuwanderung bleibt auf niedrigem Niveau	2
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Geringere Chancen auf Abitur und Studium für ausländische Jugendliche	3
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
USA: Debatte um Grenzschutz und Einwanderung	4
Kurzmeldungen – Europa I	4
Kirgistan: Hunderttausende auf der Flucht	5
Kurzmeldungen – Europa II	5
Literatur, Bewerbungsaufrufe & Veranstaltungen	6
Zusätzlich in der Internetausgabe (www.migration-info.de):	
Deutschland: Umstrittene Studie zu Religion, Integration und Gewaltanwendung	
Deutschland: Kontroverse um Intelligenztests für Zuwanderer	
Europa: Umstrittene Burka-Verbote	
Kurzmeldungen – Welt	

Kurzmeldungen – Deutschland I

Leichte Zunahme von Einbürgerungen
Nach dem Rekordtief vom Vorjahr, in dem nur rund 94.500 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, ist die Zahl der Einbürgerungen 2009 auf rund 96.100 (+1,7 %) Personen leicht angestiegen (vgl. MuB 7/09). Dies geht aus den Ende Juni veröffentlichten Einbürgerungszahlen des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden hervor. 2000 bis 2007 wurden durchschnittlich rund 140.000 Personen pro Jahr eingebürgert. Die größte Gruppe der Eingebürgerten waren auch 2009 türkische Staatsbürger (ca. 24.600), gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro und seinen Nachfolgestaaten (ca. 5.700) sowie dem Irak (ca. 5.100). www.destatis.de

Klare Parteipräferenzen bei Migranten
Türkeistämmige Migranten wählen mehrheitlich sozialdemokratisch, Migranten aus den Staaten der ehemaligen GUS hingegen eher konservativ. Zu diesem Ergebnis kam der Parteienforscher Andreas Wüst vom Zentrum für Europäische Sozialforschung in Mannheim anhand von Daten der Deutschen Wahlstudie 2009. Während GUS-stämmige Migranten primär CDU/CSU (43 %) und erst mit großem Abstand SPD (22 %), Linkspartei (2 %) und Bündnis 90/Die Grünen (1 %) wählten, war bei türkeistämmigen Migranten die SPD klarer Favorit (38 %), gefolgt von der Linkspartei (15 %), Bündnis 90/Die Grünen (13 %) und CDU/CSU (4 %). Die FDP wurde in beiden Gruppen so gut wie gar nicht gewählt. In beiden Fällen hat etwa ein Drittel der Wähler keine Parteibindung. www.mzes.uni-mannheim.de

Menschenhandel nimmt zu
2009 hat es erneut mehr Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung als im Vorjahr gegeben (2009: 534; 2008: 482, +11 %). Die Zahl der Opfer stieg um 5 % (2009: 710; 2008: 676). Die Opfer waren vorwiegend Frauen (87 %) und kamen mehrheitlich aus dem europäischen Raum (86 %), insbesondere aus Deutschland, Rumänien und Bulgarien. Etwa ein Fünftel aller Opfer war minderjährig (145), die Zahl der unter 14-Jährigen hat sich verdoppelt (2009: 41; 2008: 20). Die Zahl der Tatverdächtigen ist hingegen leicht gesunken (2009: 777; 2008: 785). Mehr als ein Drittel der Tatverdächtigen sind Deutsche (279), unter den ausländischen Verdächtigen stellten Bulgaren (125), Rumänen (82) und Türken (81) den größten Anteil. www.bka.de

im Jahr 2008 waren es im vergangenen Jahr nur noch 1.088 (-24,2 %). Verglichen mit dem Jahr 2005 (5.968) betrug der Rückgang sogar -81,8 %. Dieser ist neben der sinkenden Zahl an potenziellen jüdischen Zuwanderern in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch auf das im Jahr 2005 neu geregelte Aufnahmeverfahren zurückzuführen (vgl. MuB 4/08, 6/05). Die Steuerung

Drittländern. Im Laufe des Jahres 2009 konnten 112.400 Flüchtlinge dauerhaft in Drittstaaten angesiedelt werden, allen voran in

den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Deutschland beteiligte sich erstmals am Programm für die Neuansiedlung von Flüchtlingen und nahm 2.500 Iraker auf (vgl. MuB 4/09). *sta*
Weitere Informationen: www.unhcr.org

Deutschland: Zuwanderung bleibt auf niedrigem Niveau (Fortsetzung MuB 5/10)

Rückgänge bei verschiedenen Kategorien der Zuwanderung haben im Jahr 2008 zu einem negativen Wanderungssaldo beigetragen. Erstmals seit 25 Jahren überstieg die Anzahl der Fortzüge die der Zuzüge. Bei der Aufnahme von jüdischen Zuwanderern sowie bei Spätaussiedlern setzte sich der rückläufige Trend der letzten Jahre fort.

Familiennachzug: Der Familiennachzug hat von 85.305 Personen im Jahr 2002 auf 39.717 im Jahr 2008 (-53,4 %) kontinuierlich abgenommen. Der Rückgang ist u. a. darauf zurückzuführen, dass infolge der EU-Erweiterung zahlreiche vormals visumpflichtige Staatsangehörige nunmehr Freizügigkeit genießen und nicht mehr in die Familiennachzugsstatistik eingehen. Auch die Tatsache, dass ausländische Ehepartner von in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen seit September 2007 vor der Einreise einfache Sprachkenntnisse nachweisen müssen, dürfte sich negativ auf die Anzahl der erteilten Visa ausgewirkt haben (vgl. MuB 6/07, 5/08). Mit 42.756 Erteilungen gab es 2009 erstmals wieder eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr (+7,7 %).

Jüdische Zuwanderung: Bei jüdischen Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion setzte sich der Trend der letzten Jahre fort. Nach 1.436 Zuzügen

der Zuwanderung orientiert sich seitdem stärker an den Integrationsmöglichkeiten, wobei die Aufnahme u. a. von der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes, deutschen Sprachkenntnissen sowie der Möglichkeit zur Aufnahme in eine jüdische Gemeinde abhängig gemacht wird.

Spätaussiedler: Ein ähnlich rückläufiger Trend ergibt sich bei der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen. Während im Jahr 2005 noch 35.522 Spätaussiedler registriert wurden, waren es 2008 nur 4.362 und 2009 nur noch 3.360 (-23 % gegenüber 2008; -90,5 % im Vergleich zu 2005). Auch hier gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Zum einen ist ein stetig sinkendes Zuwanderungspotenzial in den Herkunftsländern bzw. ein Wegfall der Auswanderungsursachen festzustellen. Nur noch wenige leiden unter einem Kriegsfolgeschicksal oder sind als deutsche Volkszugehörige Diskriminierungen ausgesetzt. Zum anderen wirken sich Änderungen bei den Aufnahmebedingungen restriktiv aus, nicht zuletzt die Einführung von Spracherfordernissen.

Irreguläre Migration: Über die Anzahl der illegal nach Deutschland eingereisten Ausländer können allenfalls die festgestellten unerlaubten Einreisen an den Grenzen sowie die Aufgriffe von Ausländern mit illegalem Aufenthalt Aufschluss geben. 2008 stieg die Zahl der unerlaubten Einreisen im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht auf knapp 18.000 an (+16 %), blieb jedoch verglichen mit den 1990er Jahren auf relativ niedrigem Niveau. Der zwischenzeitliche Höchststand wurde 1993 mit über 50.000 Aufgriffen verzeichnet. Die Zahl der aufgegriffenen Personen mit illegalem Aufenthalt war 2008 weiter rückläufig. Vom Höchststand im Jahr 1998 (140.779) sank sie kontinuierlich auf 58.899 (2007) bzw. 51.154 (2008). Schätzungen über die tatsächliche Zahl der illegal Aufhältigen in Deutschland bewegen sich im Bereich von 200.000 bis 460.000 Menschen zum Jahresende 2007. Die Schätzung für 2005 hatte noch bei 280.000 bis 680.000 gelegen. Insgesamt zeichnet sich auch hier ein

Erneut Wanderungsdefizit

2009 sind wie im Jahr zuvor mehr Personen aus Deutschland fortgezogen als zugewandert. Dies teilte das Statistische Bundesamt Ende Mai mit. 734.000 Personen zogen weg, 721.000 Zuwanderer kamen ins Land. Allerdings verringerte sich das Wanderungsdefizit auf -13.000 Personen (2008: 737.889 Fortzüge, 682.146 Zuzüge, Saldo -55.743; vgl. MuB 5/10).

Die Hauptzielländer der Auswanderer 2009 waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Mehr als die Hälfte der zugezogenen Ausländer kam aus EU-Staaten (58 %). Die Zahl der zu- oder zurückgewanderten Deutschen stieg um rund 6.000 auf 115.000 (+6 %). Darunter waren knapp 3.400 Spätaussiedler. www.destatis.de

Kurzmeldungen – Deutschland II

Keine Einbürgerung ohne Kenntnisse der Schriftsprache

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat Ende Mai den Einspruch eines 40-jährigen Türken zum Erlangen einer Ermessenseinbürgerung zurückgewiesen (Az. 5 C 8.09). Der Mann war 1989 mit seiner Frau nach Deutschland eingereist. 2002 wurde sein Einbürgerungsantrag zunächst aufgrund seines Analphabetismus abgelehnt. Vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe klagte er daraufhin erfolgreich seine Einbürgerung ein, der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hob diese Entscheidung jedoch wieder auf (vgl. MuB 3/09). Das BVerwG bestätigte nun das Mannheimer Urteil. Solange Analphabetismus nicht durch eine Krankheit oder Behinderung verursacht sei oder andere Härtegründe vorlägen, sind die Behörden nicht zu einer Ermessenseinbürgerung verpflichtet, urteilten die Richter. Dem Mann sei außerdem anzulasten, dass er sich nicht bemüht habe, Mindestkenntnisse der Schriftsprache zu erwerben. In Einzelfällen könnten die Behörden trotz fehlender Kenntnisse der Schriftsprache eine Einbürgerung gewähren, etwa wenn andere „beachtliche Integrationsleistungen“ vorliegen.

www.bundesverwaltungsgericht.de

Urteil: Weltanschauliche Neutralität

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat Ende Mai entschieden, dass ein 16-jähriger muslimischer Schüler nicht berechtigt ist, während der Pause auf dem Schulgelände zu beten (Az. OVG 3 B 29.09). Damit hob das Gericht ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aus dem vergangenen Jahr auf, das dem Schüler dieses Recht unter Berufung auf das Prinzip der Religionsfreiheit eingeräumt hatte (vgl. MuB 8/09). Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hatte dieses Urteil angefochten. Yunus M., der ein Gymnasium in Berlin-Wedding besucht und sich als strenggläubigen Muslim bezeichnet, hatte zusammen mit anderen Schülern im Gang gebetet. Dies war von der Schulleitung untersagt worden. M. sah darin eine Verletzung seiner Religionsfreiheit, seine Eltern reichten Klage gegen das Land Berlin ein. Nach dem positiven Urteil des Verwaltungsgerichts hatte die Schule einen separaten Betraum zur Verfügung gestellt. Das Urteil ist richtungweisend für ähnliche Fälle. www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/ovg/index.html

Rückgang ab, der nicht zuletzt auf die EU-Erweiterungsrunden 2004 und 2007 zurückzuführen ist, da die neuen Mitgliedstaaten Polen, Rumänien und Bulgarien wichtige Herkunftsländer irregulärer Migranten waren.

Rückführungen: Die Zahl der Abschiebungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen, von über 35.000 im Jahr 2000 auf 7.830 im Jahr 2009 (-78 %). Dies hängt damit zusammen, dass die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer ebenfalls deutlich geschrumpft ist – von 453.306 im Jahr 2003 auf 136.432 im Jahr 2008. Hier machen sich verschiedene Faktoren wie etwa die niedrigen Asylbewerberzahlen, die in den letzten Jahren höhere Schutzquote sowie die Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete bemerkbar (vgl. MuB 10/09, 4/08).

Dagegen stieg 2008 die Zahl der Zurückschiebungen, also der Rückführung nach illegaler Einreise innerhalb von sechs Monaten, erstmals seit über zehn Jah-

ren wieder an, im Vergleich zu 2007 um gut 50 % (2007: 3.818; 2008: 5.745). Für 2009 war ein weiterer Anstieg um 70 % auf 9.782 zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Zuwächse gab es bei den Zurückschiebungen auf dem Luftweg nach China, in die Türkei und nach Russland, die 2009 die Hauptzielstaaten waren.

Freiwillige Ausreise: Der Umfang der „freiwilligen Rückkehr“ ist bis 2008 kontinuierlich gesunken – von 9.961 im Jahr 2004 auf nur noch 2.799 im Jahr 2008 (-72 %). Die Rückkehrer erhalten finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder. Die fünf Gruppen mit den meisten Rückkehrern in diesem Zeitraum waren Staatsangehörige des ehemaligen Serbien und Montenegro (inkl. Republik Kosovo), die 24,2 % der Rückkehrer ausmachten, türkische (9,7 %), irakische (8,7 %), russische (6,8 %) sowie iranische Staatsangehörige (4,8 %). Im Jahr 2009 ergab sich mit rund 3.100 Rückkehrern erstmals seit sieben Jahren wieder eine leichte Steigerung (+11 %).

Die Entwicklung der Wanderungsstatistiken der Jahre 2008 bzw. 2009 verdeutlicht insgesamt, dass eine Reihe von unterschiedlichen Faktoren Einfluss auf den Migrationssaldo in Deutschland nehmen. Dazu gehören im Einzelfall Effekte migrationssteuernder Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene oder die Auswirkungen struktureller Entwicklungen in den Herkunftsländern. Dagegen scheinen sich Änderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen, wie z. B. die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise, nicht klar messbar auf Wanderungsbewegungen über die deutschen Grenzen auszuwirken. *js*

Weitere Informationen:

www.bamf.de, www.bmi.bund.de, www.destatis.de
<http://irregular-migration.hwwi.net>

Deutschland: Geringere Chancen auf Abitur und Studium für ausländische Jugendliche

Nur 11 % der ausländischen Jugendlichen im deutschen Bildungssystem machen das Abitur, im Gegensatz zu 31 % der deutschen Jugendlichen. An Hochschulen sind nur 2,9 % der Studierenden Ausländer mit deutschem Schulabschluss. Die Autoren eines Berichts des Paritätischen Gesamtverbandes empfehlen eine grundlegende Reform des Schulsystems, von der auch andere benachteiligte Schüler profitieren würden.

Anfang Juni stellte die Initiative „AB In die Zukunft“ des Forums der Migrantinnen und Migranten des Paritätischen Gesamtverbandes ihren Bericht „Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten: Fakten, Interpretationen, Schlussfolgerungen“ vor. Ziel der Initiative ist es, die Kultusminister-

konferenz dabei zu unterstützen, die Bildungsabschlüsse von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bis 2012 anzugleichen (vgl. MuB 6/07).

Ungefähr 10 % der Schüler an deutschen Schulen haben laut den Zahlen der Schulbehörden eine ausländische Staatsangehörigkeit. 43 % der ausländischen Schüler sind Türken. Über die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund liegen keine Daten vor, aber rund 27 % der 5- bis 20-Jährigen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund (vgl. MuB 10/08).

Obwohl die durchschnittliche Schulbildung der deutschen und ausländischen Bevölkerung kontinuierlich steigt, bleibt die Kluft zwischen beiden Gruppen bestehen. Im Schuljahr 2008/09 erreichten 11 % der ausländischen gegenüber 31 % der deutschen Schüler die Hochschulreife (vgl. MuB 3/10). Der Schulerfolg unterschied sich stark nach Herkunftsland. 25 % der russischen Schüler, aber nur 7 % der türkischen Schüler besuchten im Schuljahr 2006/07 das Gymnasium.

An den Hochschulen sind so genannte „Bildungsinländer“, also Ausländer, die ihren Schulabschluss in Deutschland erworben haben, ebenfalls stark unterre-

präsentiert. Sie machen nur 2,9 % der Studierenden aus, während der Anteil von Ausländern unter den 20- bis 30-Jährigen in der Bevölkerung 14 % beträgt. Zudem brechen Bildungsinländer häufiger ihr Studium ab als deutsche Studierende.

Kurzmeldungen – Europa I

Finnland: Einwandererparlament geplant
Einwanderer in Finnland sollen bei den Parlamentswahlen im April nächsten Jahres 50 Vertreter für ein so genanntes Einwandererparlament wählen. Hierbei handelt es sich um die weltweit erste Vertretung dieser Art für Migranten, wie die Initiatoren Mitte Juni in Helsinki bekannt gaben. Wählbar und wahlberechtigt sind Zuwanderer, die seit mindestens zwei Jahren und ohne zeitliche Befristung in Finnland leben. Das Parlament wird zwar keinen offiziellen Status haben, aber die öffentliche Meinung beeinflussen und Migranten eine Stimme geben, hofft Alexis Kouros, iranischstämmiger Chefredakteur der Helsinki Times, der zusammen mit sechs anderen prominenten Einwanderern die Initiative gegründet hat. www.ipf.fi/ipf

Ungarn: Staatsbürgerschaft für ethnische Ungarn im Ausland

Das am 25. April neu gewählte Parlament hat Ende Mai als erste Gesetzesnovelle die Staatsbürgerschaft für ethnische Ungarn im benachbarten Ausland beschlossen. Damit löste die Regierungspartei Fidesz (nationalkonservativ) um Premierminister Viktor Orbán eines ihrer Hauptwahlversprechen ein. In den Nachbarländern Slowakei, Rumänien, Serbien und der Ukraine leben rund 2,5 Mio. ethnische Ungarn. Vor allem in der Slowakei, wo es ca. 500.000 ethnische Ungarn gibt (ca. 10 % der Bevölkerung des Landes), führte das Gesetz zu heftigen Reaktionen. Als Gegenmaßnahme untersagte die Slowakei die doppelte Staatsbürgerschaft, die bisher möglich war. In Rumänien, wo mit 1,4 Mio. Personen die größte ungarische Minderheit lebt, gab es dagegen keine nennenswerten Reaktionen. <http://eudo-citizenship.eu>

Niederlande: Erfolg der Rechtspopulisten
Aus den Parlamentswahlen am 9. Juni ist die Freiheitspartei (PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders mit 16 % der Stimmen (24 von 150 Sitzen) als drittstärkste Fraktion hervorgegangen. Die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD, rechtsliberal) siegte mit 21 % der Stimmen (31 Sitze) knapp vor den Sozialdemokraten (20 %, 30 Sitze). Die zuvor regierenden Christdemokraten verloren 20 Sitze und kamen nur noch auf 14 % (21 Sitze). Die PVV hatte ausschließlich mit dem Thema Einwanderung Wahlkampf gemacht (vgl. MuB 3/10). Sie forderte u. a. den Stopp muslimischer Zuwanderung und ein Moscheebauverbot. Verhandlungen über eine von der VVD angestrebte Koalition mit der PVV und den Christdemokraten scheiterten Mitte Juni an der Weigerung der Christdemokraten, weiter mit der PVV zu verhandeln.

Ursachen: Als Gründe für den geringeren Bildungserfolg von ausländischen Jugendlichen nennen die Autoren die soziale Herkunft und das durchschnittlich niedrigere Bildungsniveau der Eltern (vgl. MuB 5/10). Migrationsspezifische Merkmale, v. a. eine andere Muttersprache als Deutsch, verstärken den negativen Einfluss. Schulen versagen laut den Autoren bei der Vermittlung von Deutsch als Bildungssprache.

Ausländische Jugendliche erhalten zudem bei gleichen Noten seltener eine Empfehlung für den Übergang in die Realschule oder das Gymnasium. Dies liege daran, dass Lehrer ausländischen Schülern oft weniger zutrauten, heißt es in dem Bericht. Auch die soziale Segregation an Schulen wirkt sich negativ auf den Bildungserfolg aus. Migrantenkinder gehen häufiger auf Schulen mit einem hohen Migrantenanteil und einem hohen Anteil von Kindern aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien.

Empfehlungen: Die Initiative plädiert für eine län-

gere gemeinsame Lernzeit durch den Ausbau von Ganztagschulen mit zusätzlichem außerschulischem Angebot. Außerdem sollten Schüler möglichst spät auf die verschiedenen Schularten aufgeteilt werden und die Durchlässigkeit in weiterführende Schulen sollte erhöht werden.

Die Schulen müssten sich ferner nach außen öffnen und die Kompetenzen von außerschulischen Einrichtungen wie etwa Migrantenverbänden nutzen. Viele dieser Verbände fördern beispielsweise bereits die Zusammenarbeit zwischen Elternhäusern und Schulen. Die systematische Einbindung der Eltern ist eine weitere Forderung der Autoren, beispielsweise indem ausländische Eltern besser über das deutsche Schulsystem informiert und bei Problemen von den Schulen sozialpädagogisch betreut werden. Außerdem müsste mehr Personal mit Migrationshintergrund eingestellt werden, da dieses eine Identifikations- und Vorbildfunktion übernehmen könne.

Der Deutschunterricht in allen Altersstufen müsse stärker in den Unterricht integriert werden. Gleichzeitig müsse die Mehrsprachigkeit von Schülern als Potenzial und nicht als Problem angesehen werden.

Das Vorstandsmitglied des Paritätischen Gesamtverbandes und Berlins ehemalige Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) sagte bei der Vorstellung des Berichts: „Wenn wir allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft die gleichen Chancen zur Förderung geben wollen, muss unser Schulsystem durchgreifend reformiert werden.“ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schloss sich in einer Presseerklärung dieser Meinung an und teilte mit: „Die Ergebnisse der Studie sind keinesfalls neu – und das ist der eigentliche Skandal.“

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) forderte: „Bei der Unterstützung der jungen Migranten in der Schule muss an Intensität und Tempo deutlich zugelegt werden.“ Die Bundesländer seien gefordert, Schulen mit hohem Zuwandereranteil mit mehr Geld und mehr Lehrern auszustatten. Eine strukturelle Schulreform lehne sie jedoch ab. *bb*

Weitere Informationen:

www.abindiezukunft.de, www.gew.de
www.bundesregierung.de

USA: Debatte um Grenzschutz und Einwanderung

Anfang Juli hat sich der US-amerikanische Präsident Barack Obama für eine umfassende Reform des Einwanderungsrechts ausgesprochen. Nur wenige Tage später reichte die US-Regierung Klage gegen das umstrittene Einwanderungsgesetz des Bundesstaats Arizona ein. Bereits im Mai hatte Washington eine Verschärfung der Kontrollen an der Grenze zu Mexiko angekündigt.

Vor Studenten der American University in Washington,

D. C. betonte Präsident Barack Obama (Demokraten) Anfang Juli, dass die Thematik der irregulären Zuwanderung immer drängender werde und daher eine Lösung gefunden werden müsse. In seiner ersten umfassenden Rede zu diesem Thema seit seinem Amtsantritt im Januar 2009 rief er zu parteiübergreifenden Anstrengungen auf, um das „defekte System“ zu reparieren (vgl. MuB 4/09). Obama nannte jedoch weder einen Zeitrahmen für die Ausarbeitung einer umfassenden Gesetzesreform, noch machte er detaillierte Aussagen zu möglichen Inhalten. Er unterstrich lediglich die Bedeutung klarer Regeln für die Einreise und den Aufenthalt sowie einer effektiveren Kontrolle der US-Grenzen. Eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus aller etwa 11 bis 12 Mio. undokumentierten Zuwanderer schloss Obama aus. Ihnen solle jedoch die Möglichkeit eingeräumt werden, ein Bußgeld für den illegalen Aufenthalt zu zahlen. Sogar eine Einbürgerung soll nach

Kurzmeldungen – Europa II

Schweiz: Initiativen zur Ausweisung
Trotz eines möglichen Verstoßes gegen das Völkerrecht werden die Schweizer über die „Ausschaffungsinitiative“ der Schweizer Volkspartei (SVP, rechtspopulistisch) abstimmen, mit der die SVP die Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern erleichtern will. Allerdings gibt es nun auch einen Gegenentwurf von FDP (Liberale) und CVP (Christdemokraten), über den gleichzeitig spätestens im September 2010 abgestimmt werden soll. Der Gegenentwurf sieht wie in der Initiative der SVP vor, dass schwere Straftatbestände wie Mord, vorsätzliche Tötung oder Vergewaltigung nicht nur zu strafrechtlicher Verfolgung, sondern auch zu einer Ausweisung aus der Schweiz führen können. Im Gegensatz dazu zielt die SVP-Initiative aber auch darauf ab, dass Leistungerschleichung etwa bei der Sozialhilfe zu einer Ausweisung führen kann. Nach dem SVP-Entwurf verlieren Menschen selbst dann einen Aufenthaltsanspruch, wenn die Abschiebung in einen Staat erfolgen würde, in dem Folter droht. Die SVP-Initiative widerspricht laut Meinung von Menschenrechtlern und Juristen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz.
www.humanrights.ch

einer langen Wartezeit möglich sein. Der US-Präsident räumte ein, dass die Einwanderungsreform nicht vor den Kongresswahlen im November 2010 angegangen werde. Angesichts der besonderen Sensibilität des Themas sei es erforderlich, einen Konsens mit den oppositionellen Republikanern zu erreichen, sagte Obama. Das Thema dürfe nicht für demagogische Zwecke missbraucht werden.

Zuletzt war der damalige Präsident George W. Bush (Republikaner) im Juni 2007 mit seinem Vorhaben einer Lockerung des Einwanderungsrechts, einschließlich einer Teillegalisierung undokumentierter Einwanderer, an der Ablehnung durch den damals noch republikanisch dominierten Senat gescheitert (vgl. MuB 6/07). Präsident Obama hatte im Wahlkampf versprochen, eine umfassende Einwanderungsreform bereits in seinem ersten Amtsjahr auf den Weg zu bringen. Bürgerrechtsverbände und Migrantenorganisationen kritisieren, dass dies bisher nicht geschehen ist.

Die Reaktionen auf die Rede waren unterschiedlich. Während Einwandererverbände die Inhalte der Rede grundsätzlich begrüßten,

sprachen sich Teile der oppositionellen Republikaner gegen eine Mitwirkung ihrer Partei an einer Einwanderungsreform aus. Bevor über eine solche Reform gesprochen werden könne, müsse zunächst das Problem der Grenzsicherheit gelöst werden, sagte der republikanische Senator Jim DeMint (South Carolina).

Infolge der Verabschiedung des Landesgesetzes gegen undokumentierte Zuwanderung im US-Bundesstaat Arizona wurde die Reform des Einwanderungsrechts wieder zu einem zentralen Thema in der politischen Debatte. Das umstrittene Landesgesetz SB 1070 sieht u. a. vor, dass die Polizei „verdächtige“ Zuwanderer zur Kontrolle ihres Aufenthaltsstatus festnehmen kann. Bürgerrechtsgruppen warnen jedoch davor, dass diese Regelung zur Diskriminierung aller Personen mit bestimmten ethnischen Merkmalen führe (vgl. MuB 5/10).

Am 6. Juli erklärte Justizminister Eric Holder (Demokraten), seine Behörde habe Klage gegen das Landesgesetz eingereicht, da Arizona durch sein Vorgehen „verfassungsrechtliche Grenzen überschritten“ habe. Die Zuständigkeit für die Gesetzgebung zum Umgang mit undokumentierter Zuwanderung liege bei der Bundesregierung in Washington, erläuterte Holder weiter. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Alleingänge wie in Arizona zu einem „Flickenteppich von Einwanderungsrichtlinien auf Bundesstaats- oder Kommunal-ebene“ führten. Außerdem würde das Gesetz SB 1070 zur „Schikanie und Festsetzung von ausländischen Besuchern, legalen Einwanderern wie auch US-Bürgern führen“, führte der Justizminister aus. *sta*

Weitere Informationen:

www.migrationinformation.org, www.dhs.gov, www.justice.gov, <http://blogs.wsj.com/washwire/2010/07/01/transcript-of-obamas-immigration-speech/> (Volltext der Obama-Rede zur Einwanderungsreform)

Kirgistan: Hunderttausende auf der Flucht

Blutige Unruhen haben in Kirgistan Mitte Juni zu massiven Fluchtbewegungen geführt. Rund 400.000 Menschen hatten nach Angaben der Vereinten Nationen zeitweise ihre Heimat verlassen. Nach einer Beruhigung der Lage kehrten viele Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurück.

Ursache für die Auseinandersetzungen, die in der süd-kirgisischen Stadt Osch begannen, waren seit langem schwebende Konflikte zwischen Kirgisen und Angehörigen der usbekischstämmigen Minderheit. Mitte Juni kam es zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen beiden Volksgruppen. Ein geplantes Referendum zur Einführung einer demokratischen Verfassung war ein Auslöser der Ausschreitungen.

Die Flüchtlinge aus dem Süden Kirgistans, insgesamt 400.000 Angehörige der usbekischen Minderheit, kamen größtenteils in von Hilfsorganisationen neu eingerichteten Auffanglagern an der Grenze zum Nachbarland Usbekistan unter. Nach Regierungsangaben schloss Usbekistan seine Grenze allerdings, nachdem das Land bereits etwa 100.000 Menschen aufgenommen hatte. Die hygienischen Verhältnisse in den Lagern an der Grenze waren schlecht, der Ausbruch von Seuchen drohte. Das Rote Kreuz sprach von einer „humanitären Krise“, es

fehlten v. a. sauberes Trinkwasser und Nahrungsmittel.

Hilfsleistungen: Angehörige von Hilfsorganisationen berichteten, dass auf kirgisischer Seite noch Zehntausende auf Zuflucht in Usbekistan hoffen. Internationale Hilfsorganisationen haben mit der Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten in die Region begonnen. Russland sagte 120 Tonnen Hilfslieferungen zu. US-Außenministerin Hillary Clinton (Demokraten) garantierte Kirgistan 6,5 Mio. US-Dollar Soforthilfe. Zuvor hatte bereits die EU 5 Mio. Euro für Medikamente, Unterkünfte und Nahrung der Flüchtlinge bereitgestellt. Auch das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) organisierte Hilfsflüge.

Rückkehr: Nach UN-Angaben sind mittlerweile mindestens ein Viertel der Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Allerdings sind viele Häuser in Folge der Kämpfe beschädigt und unbewohnbar. Die Vereinten Nationen riefen die kirgisische Übergangsregierung auf, die zurückkehrenden Flüchtlinge zu schützen und für deren Sicherheit zu sorgen. „Es wird eine große Herausforderung für die Übergangsregierung und die Behörden, sichere Bedingungen zu schaffen und den Usbeken zu zeigen, dass sie willkommen sind“, sagte der UN-Sondergesandte Miroslav Jenca. Die kirgisische Übergangsregierung

geht davon aus, dass auch der Rest der Flüchtlinge nach einer Befriedung zurückkehren wird.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat unterdessen eine internationale Polizeitruppe für den Süden Kirgistans gefordert. Die Präsenz ausländischer Polizisten könnte helfen, für Stabilität zu sorgen und eine Atmosphäre des Vertrau-

ens zu schaffen, erklärte der OSZE-Sondergesandte Kimmo Kiljunen in Bischkek. Dieses Vertrauen sei eine Voraussetzung für die endgültige Rückkehr aller Flüchtlinge. *chw*

Weitere Informationen:

www.icrc.org, www.osce.org
www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home

Literatur, Bewerbungsaufrufe & Veranstaltungen



Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Internationale Migration. Die menschliche Seite der Globalisierung**. Bonn, 2010, Autor: Brian Keeley, Bestellnummer 1060, Bereitstellungspauschale 4 Euro, Bestellung: www.bpb.de/shop

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: **8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland**. Juni 2010, 615 Seiten, Download: www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassung-lagebericht-ib,property=publicationFile.pdf

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: **Migrationssensible Datenerhebung für die Gesundheits- und Pflegeberichterstattung**. Berlin, Juni 2010, 170 Seiten, Download: www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/2010-06-04-broschuere-migrationssensible-datenerhebung-fuer-die-gesundheits-und-pflegeberichterstattung,property=publicationFile.pdf

Andreas Ette und Lenore Sauer: **Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger**. Wiesbaden, 2010, ISBN 978-3-531-15869-3, 24,95 Euro, Bestellung: www.vs-verlag.de

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): **International Migration Outlook 2010**. Brüssel, Juli 2010, ISBN 9789264086012, erhältlich in Französisch und Englisch, Bestellung: www.oecdbookshop.org

Patrice G. Poutros: **The Right to Asylum in West Germany: Refugee Policies in the Federal Republic of Germany, 1949–1975**, S. 107–113, in: **Human Rights and History – A Challenge for Education**. Herausgegeben von Rainer Huhle im Auftrag der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Bestellung bei

publikation@stiftung-evz.de, Download: www.stiftung-evz.de/w/files/publikationen/evz_publ_mrb_web.pdf Ab Ende Juli wird der Beitrag auch in deutscher Sprache online als PDF verfügbar sein: www.stiftung-evz.de

Bewerbungsaufruf

Integrationspreis 2010

Bewerbungsschluss: 31.08.2010

Veranstalter: Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz (Referat 312), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Ort: deutschlandweit

Kontakt: Tel.: +49 (0)911 9436914, E-Mail: DIK-Geschaeftsstelle@bamf.bund.de

Weitere Informationen: www.deutsche-islam-konferenz.de

Call for Papers

Konferenz: Environmental Change and Migration: From Vulnerabilities to Capabilities

Veranstalter: European Science Foundation (ESF), Bielefeld University und Center for Interdisciplinary Research

Datum/Ort: 5.-9.12.2010, Bielefeld

Einsendeschluss: 15. August 2010

Kontakt: Jeanette Schade, E-Mail: envimig-esf@uni-bielefeld.de

Weitere Informationen:

www.uni-bielefeld.de/tdrc/ag_comcad/downloads/envimig2010_confnote.pdf

Veranstaltungen

Seminar: Zugang von Ausländer(inne)n zu sozialen Leistungen

Veranstalter: Fortbildungsakademie des deutschen Caritasverbandes

Termin/ Ort: 15.-16.9.2010, Frankfurt/Main

Kontakt: Tel.: +49 (0)761 200-544, E-Mail: verena.ortlieb@caritas.de

Weitere Informationen: www.fak-caritas.de

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail: MuB@network-migration.org; newsletter@focus-migration.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Barbara Bils, Thomas Hummitzsch, Veysel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrle; Redaktionsschluss: 15.7.2010

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder newsletter@focus-migration.de

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sowie Zusatzinformationen sind online verfügbar unter: www.migration-info.de

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org, www.focus-migration.de